

# LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
197 · Ausgabe CH · November 2021  
AZB 3001 Bern



Aleksandra Zdravković



## Ja zur Pflege-Initiative!

Damit die Pflegenden da sein können, wenn wir sie brauchen. Seite 4

**STOPP F35:  
JETZT KARTE  
UNTER-  
SCHREIBEN**

### IST DER SP DIE ARBEITERKLASSE ABHANDEN GEKOMMEN?

Wie kann die SP Wähleranteile und Abstimmungen gewinnen? Politologe Claude Longchamps zerpfückt eine interessante Studie zur Europäischen Sozialdemokratie, mit Verweisen auf die Schweiz. Seite 8

### KEINE MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN MIT SCHWEIZER GELD!

An der Grenze werden Flüchtlinge systematisch aus der EU geprügelt. Die SP unterstützt darum das Referendum gegen die europäische Grenzschutzagentur Frontex. Seite 13

Liebe Genoss:innen, liebe Sympathisant:innen



### Kein Fussbreit dem Faschismus!

In der Schweiz sind wir uns harte Abstimmungskämpfe durchaus gewöhnt. Das ist gut und gehört zu einer Demokratie. Auch auf der linken Seite und in der SP sparen wir selten mit gegenseitiger Kritik. Auch das ist gut und richtig so. Das gilt auch für die emotional hoch aufgeladene Debatte zum Covid-Gesetz, über das wir am 28. November abstimmen. Meine Haltung: Das Gesetz ist absolut notwendig, um die erfolgreiche Politik unseres Bundesrates Alain Berset weiterzuführen und die Pandemie zu beenden. Ich habe persönlich nur wenig Verständnis für die Argumente der

Gegner:innen, gerade auch, wenn sie von links kommen. Genau dieses Gesetz sichert zentrale Instrumente zum Schutz von Menschen, die wegen der Pandemie sonst in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet sind. Trotzdem (oder gerade deshalb) muss es natürlich möglich sein, auch von linker Seite eine andere Meinung zu vertreten.

Es gibt aber eine Grenze der demokratischen Debatte. Erstens kann es kein Bündnis mit den Anarchokapitalisten geben. Diese Leute lehnten von Anfang an alle Massnahmen gegen die Pandemie ab. Nicht, weil sie die Existenz des Virus leugnen. Sondern weil sie es eigentlich gar nicht so schlimm finden, wenn ein paar kranke, arme oder alte Menschen sterben.

Und zweitens dürfen wir Faschismus und Antisemitismus keinen Platz bieten. Dass Neonazis an den Anti-Massnahmen-Demos ungestört Flyer verteilen dürfen, ist ein Skandal. Dass Rednerinnen und Redner offen den Holocaust verharmlosen und zu Gewalt gegen Andersdenke aufrufen, überschreitet eine unverrückbare Grenze.

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Die Geschichte zeigt: Als Verbrechen muss man ihn auch behandeln, sonst vergiftet er die Gesellschaft. Das Zündeln an dieser Lunte durch leitende Figuren einer anderen Bundesratspartei ist deshalb inakzeptabel.

Wir werden als SP alles tun, um dem vernünftigen Covid-Gesetz zu einem deutlichen Ja zu verhelfen. Und wir werden am Tag nach der Abstimmung allen demokratischen Gegner:innen des Gesetzes auch die Hand reichen. Denn am Ende kommen wir nur gemeinsam aus dieser Pandemie.

Solidarische Grüsse

*Cédric Wermuth, Co-Parteipräsident*

## INHALT

- 4 Applaus reicht nicht!**  
Warum die Pflegenden die Pflege-Initiative stemmen, und warum wir Ja zur Vorlage sagen
- 6 Aus Vernunft: Ja zum Covid-19-Gesetz**
- 7 Nein zur Justiz-Initiative**  
Undemokratisch und der Justiz unwürdig: Das sind die wichtigsten Argumente gegen die Justiz-Initiative
- 9–12 Berichte aus den Kantonen**
- 13 Kein Schweizer Geld für Push-Backs**  
An der EU-Aussengrenze werden Flüchtlinge brutal zurückgeprügelt. In diesen «Grenzschutz» darf kein Schweizer Geld mehr fliessen!
- 14 Wie Sans-Papiers in der Schweiz überleben**  
Die Zürcher SP-Stadtpräsidentin Corine Mauch im Interview
- 16 Kochen fürs Klima**  
Vegi-Spezialistin Denise Schwarz zeigt, wie die Klima-Küche auf Österreichisch geht
- 18 5 Fragen an Neumitglied Jörg Pfistner**
- 18 Gründung von SP queer: Machst du mit?**
- 19 Anlässe der SP Schweiz, von Movendo und der Anny-Klawa-Morf-Stiftung**



## Gegen den F-35: Jetzt unterzeichnen!



## STOPP F-35

Die SP unterstützt das Referendum gegen die Beschaffung des Kampfflugs F-35 durch die Schweizer Armee. Der Flieger von Lockheed Martin ist zu teuer. Die Kosten während der gesamten Nutzung liegen fünf Mal höher als der Kaufpreis. Das zeigte eine Studie der kanadischen Regierung. Für die Schweiz bedeutet das: Verschleuderung von 25 Milliarden Franken an Steuergeldern. Zudem ist der für Angriffskriege konzipierte Flieger für die luftpolizeilichen Aufgaben nicht geeignet, für die er in der Schweiz eingesetzt würde. Kommt noch dazu, dass der Kampfflug amerikanischer Herkunft die Überwachung durch die USA ermöglicht. Die Informationssysteme des F-35 liefern heikle Daten an die USA. Eine Kontrolle über diese Daten hat die Schweiz nicht.

Unterschreibe darum noch heute die Unterschriftenkarte, die in der Heftmitte dem «links» beiliegt. «Ringer» gehts nimmer!

## 70 000 Unterschriften gegen den Stempelsteuer-Bschiss eingereicht

Anfang Oktober haben wir gemeinsam mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund und den Grünen 70 000 Unterschriften gegen die Abschaffung der Stempelsteuer bei der Bundeskanzlei eingereicht. Einmal mehr wollen die bürgerlichen Kräfte die Grosskonzerne privilegieren. Die Abschaffung der Emissionsabgabe auf das Eigenkapital würde zu Steuerausfällen von jährlich rund 250 Millionen Franken führen. «Die Folgen sind klar: Grosskonzerne profitieren, wir alle zahlen die Rechnung», sagte Cédric Wermuth, Nationalrat und Co-Präsident der

SP Schweiz bei der Unterschrifteneinreichung. Von der Vorlage profitieren wenige Konzerne, 590 000 KMUs gehen leer aus. Zudem ist die Abschaffung der Emissionsabgabe nur einer von vielen Punkten auf der Wunschliste der bürgerlichen Mehrheit. Sie plant zugunsten von Grosskonzernen eine Abbaurunde nach der anderen. Mit der Einreichung des Referendums geht der Kampf in die nächste Runde. Dabei zählen wir auf euch alle: Es wird ein harter Abstimmungskampf. Am 13. Februar kommt die Vorlage vors Volk.

## Mit dem Feminist Fight Club gegen Alltagssexismus in der Politik

Nicht ausreden können, nicht ernst genommen werden, herablassende Kommentare über sich ergehen lassen müssen – jede Politikerin kann unzählige Geschichten über Sexismus im Alltags erzählen. Um in solchen Situationen besser reagieren zu können, gründeten Kommunalpolitiker:innen letztes Jahr den Feminist Fight Club für Exekutivpolitikerinnen (FFC-E). Die Mitglieder entwickeln gemeinsam Strategien und tauschen sich über Erlebtes aus. Der FFC-E ist offen für SP-Politikerinnen in Exekutiven ganz nach dem Motto: «Dissens in der Sache, Solidarität mit Geschlechts-genossinnen. Fördert eure Mitstreiterinnen aktiv.» Der Austausch findet in einer Threema-Gruppe statt. Hast du Lust mitzumachen? Melde dich bei: [laura.kronig@gmail.com](mailto:laura.kronig@gmail.com)

## Erfolg: Günstige SBB-Tickets für Schulklassen

Die SBB führt eine günstige Tageskarte für Schulklassen ein: Für 15 Franken reisen Kinder und Jugendliche einen ganzen Tag lang quer durch die Schweiz. Das fördert die Mobilität – plötzlich werden Schulreisen in einen anderssprachigen Landesteil oder Exkursionen möglich. Die Einführung dieser günstigen Tageskarte verdanken wir vor allem dem beharrlichen Einsatz unserer Schaffhauser Nationalrätin Martina Munz.

Heute entfällt ein grosser Teil des Schulreise-Budgets der Schulen auf die SBB-Tickets. Eine Schulreise kann ins Geld gehen und für manche Familien zur finanziellen Belastung werden, gerade wenn mehrere Kinder da sind. Doch alle Kinder sollen teilhaben können. Daher sind die Kosten für Schulausflüge «gedeckelt». Mit der günstigen Tageskarte bekommen die Lehrer:innen nun einen grösseren Spielraum bei der Planung der Aktivitäten ausserhalb des Schulzimmers. Danke @MartinaMunz!



Bald liegt vielleicht sogar eine Schulreise nach Mendrisio drin.



# Damit wir da sind, wenn du uns brauchst

Pflege-Initiative

JA

## Applaus reicht nicht!

**WER BEI DEN ARBEITSBEDINGUNGEN IN DER PFLEGE SPART, SPART AN DER GESUNDHEIT DER BEVÖLKERUNG. DENN WIR ALLE BRAUCHEN IRGENDWANN PFLEGE. MIT DER PFLEGE-INITIATIVE WOLLEN WIR SICHERSTELLEN, DASS AUCH IN ZUKUNFT GENÜGENDE MENSCHEN DIESEN BERUF ERGREIFEN UND IHM TREU BLEIBEN WOLLEN – UND KÖNNEN.**



Barbara Gysi,  
Nationalrätin SG und Mitglied  
des Initiativkomitees

Wir alle brauchen irgendwann Pflege. Wir liegen krank im Spital, sind auf die Spitex angewiesen oder haben Angehörige, die im Heim auf Pflegende warten. Und spätestens seit Corona wissen wir alle um die Probleme in der Pflege: zu viel Arbeit für zu wenig Geld, und für zu wenig Hände. Dennoch passiert nicht genug, um die Situation zu verbessern.

Die Pflegenden sind am Limit. Die Zahlen sprechen für sich: Der Stress ist so gross, dass über 40 Prozent der Pflegenden aus dem Job aussteigen, viele davon bereits nach wenigen Jahren. Über 11 000 Pflege-Stellen lassen sich bereits heute nicht besetzen, weil es schlicht und einfach an ausgebildeten Menschen fehlt. Bis 2030 dürfte diese Zahl auf über 20 000 klettern. Die Initiant:innen fordern daher dringend einen Ausbau bei den Ausbildungsplätzen.

### Traumberuf ade?

Doch weshalb verlassen so viele Pflegefachleute ihren Traumberuf?

Hauptgrund sind die Arbeitsbedingungen. Dienstpläne müssen wegen Personalmangel ständig umgeschrieben werden, die Arbeit ist mit Familienpflichten fast nicht zu vereinbaren. Und weil es hinten und vorne an Personal fehlt, können die Pflegenden ihre Arbeit kaum noch nach bestem Wissen und Gewissen verrichten. Das gefährdet die Sicherheit der Patient:innen und beeinträchtigt die Arbeitszufriedenheit.

### Pflege in Frauenhand

Die schlechten Arbeitsbedingungen sind kein Zufall. Berufe, in denen grossmehrheitlich Frauen arbeiten, werden gesellschaftlich weniger wertgeschätzt als «Männerberufe». Der Irrglaube ist immer noch weit verbreitet, dass Frauen gerne Care-Arbeit übernehmen wollen und sich dafür aufopfern. Für die SP ist klar: Pflegenden übernehmen lebensnotwendige Aufgaben und brauchen anständige Arbeitsbedingungen.

### DARUM GEHT ES

- **Bessere Arbeitsbedingungen:** Wer pflegt, trägt viel Verantwortung und soll einen guten Lohn erhalten.
- **Mehr Zeit:** Gute Pflege braucht Zeit. Das geht nicht ohne genügend Personal. Es braucht mehr Pflegenden in den Schichten und mehr Ausbildungsplätze, um den Personalnotstand anzugehen. Ohne bessere Arbeitsbedingungen nützt eine Ausbildungs-offensive nichts.
- **Notwendige Kompetenz:** In der Pflege arbeiten gut ausgebildete Menschen. Diese müssen die notwendigen Kompetenzen erhalten, um effizient arbeiten zu können. Dazu gehört, dass Pflegefachpersonen selber abrechnen können.

Darum Ja zur Pflege-Initiative!

# «Mehr Kompetenzen, mehr Verantwortung!»



Liv Mahrer\* weiss, was es bedeutet, wenn Arbeitskolleg:innen monatelang ausfallen und schon gar nicht mehr nach einer Vertretung gesucht wird, weil es sowieso keine gibt. Die diplomierte Pflegefachfrau weiss auch, was das für die kleinen Patientinnen und Patienten heisst, die sie in der Pädiatrie betreut.

## Pflegende klagen über schlechte Arbeitsbedingungen. Was muss man sich darunter vorstellen?

Wir sind fast immer im Stress und ständig unterbesetzt. Gemäss Studien sollte eine Pflegefachfrau vier Patient:innen betreuen. Dieses Verhältnis können wir nicht einhalten. Auf «meiner» Station fehlen während längerer Zeit vier Pflegende wegen Militärdienst und Mutterschaft. Sie werden nicht ersetzt, weil der Arbeitsmarkt komplett ausgetrocknet ist. Wenn dann noch jemand krankheitshalber ausfällt, ist man schnell mal mit einer Auszubildenden alleine auf der Station.

## Kannst du uns ein Beispiel geben?

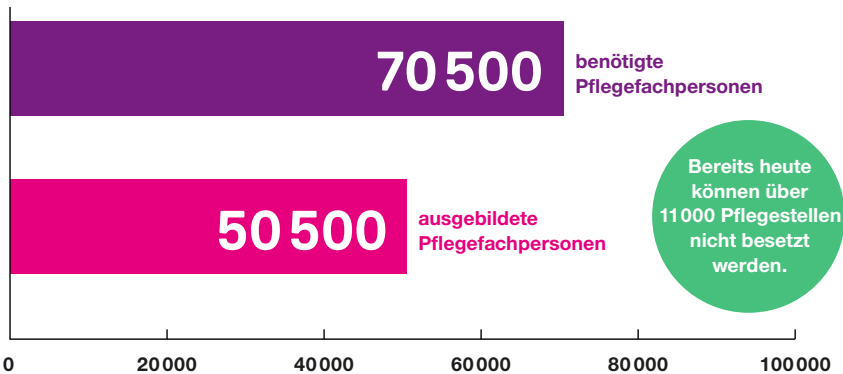
Kürzlich hatte ich Nachtschicht und war wie immer alleine auf der Station. Die Kolleginnen der Spätschicht waren unter Zeitdruck und ich erhielt bloss einen mündlichen Rapport. Danach konnte ich nur noch von Bett zu Bett gehen und Verordnungen abarbeiten. Wir hatten einen achtjährigen Knaben mit einem gebrochenen Arm, der alleine da war. Er wachte zweimal auf, suchte seine Mama, musste beruhigt werden – da sitzt man sofort eine halbe Stunde bis eine Stunde am Bett eines Kindes. Zum Glück ging es allen anderen Patienten gut, aber ich kam in Verzug. Ein Kind bekam seine Medikamente viel zu spät. Es war nicht gefährlich, aber es ist nicht so, wie man das machen sollte.

## Was sind «Verordnungen»?

Alle Handlungen der Pflegefachpersonen müssen eigentlich ärztlich verordnet werden, ob es sich um eine Wundauflage oder um die Verabreichung von Schmerzmitteln handelt. Das ist unbefriedigend, vor allem mit längerer Berufserfahrung. Zudem lernen wir in der Ausbildung viel mehr. Ganz besonders spüren wir das in der Spitex. Da machen Pflegefachleute alle Bedarfsabklärungen. Doch es wird erst auf eine ärztliche Verordnung hingehandelt, denn ohne kann nichts abgerechnet werden. Das ist doch paradox. Könnten Pflegefachleute ihren Kompetenzen entsprechend mehr Verantwortung übernehmen, würde dies enorm zur Arbeitszufriedenheit beitragen.

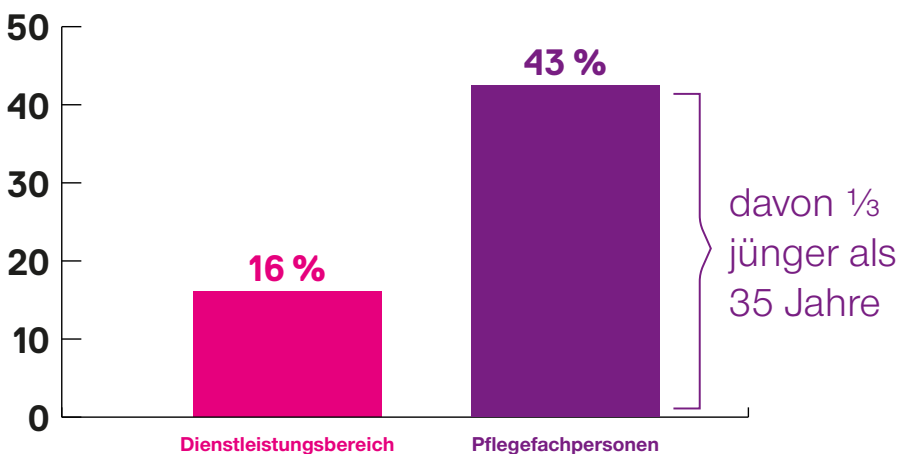
\*Liv Mahrer ist diplomierte Pflegefachfrau und seit 20 Jahren in verschiedenen Funktionen im Beruf tätig. Seit mehreren Jahren arbeitet sie in der Pädiatrie. Sie ist auch Co-Präsidentin der SP der Stadt Zürich.

## Es fehlen über 20 000 Pflegefachleute bis 2030



Quelle: Prognosemodell Obsan © Obsan 2021

## So viele steigen aus dem Beruf aus



Quellen: Bundesamt für Statistik, Schweizerische Arbeitskräfteerhebung, 2021, sowie Gesundheitspersonal in der Schweiz – Nationaler Versorgungsbericht 2021.

# Aus Vernunft: Ja zum Covid-19-Gesetz!

16 000 Menschen stehen mit ihrem Namen auf Plaketen für das Covid-Gesetz ein.

**WIRTSCHAFTSHILFE, ARBEITSLOSENTSCHÄDIGUNGEN, SCHUTZ DES GESUNDHEITSWESENS, KULTURELLE ANLÄSSE, RESTAURANTBESUCHE, REISEN INS AUSLAND – ALL DIES IST NUR MIT EINEM JA ZUM COVID-19-GESETZ ZU HABEN. DIES SETZEN DIE GEGNER:INNEN DES GESETZES IN FAHRLÄSSIGER WEISE AUF S SPIEL.**

Wir alle wünschen uns ein baldiges Ende der Covid-Pandemie. Doch das Virus richtet sich nicht nach unseren Wünschen. Darum müssen wir es mit geeigneten Massnahmen bekämpfen, um so rasch als möglich wieder ohne Einschränkungen leben, arbeiten, feiern und reisen zu können. Besonderen Schutz brauchen nach wie vor Menschen, die sich nicht impfen lassen können oder die durch eine Impfung nicht geschützt sind, sowie das Gesundheitspersonal, das unter grössten Anstrengungen und Entbehrungen eine Corona-Welle nach der anderen bewältigt.

Die gesetzlichen Grundlagen für die Massnahmen gegen die Covid-Pandemie bilden das Epidemien-gesetz und das befristete Covid-19-Gesetz, das bereits im Juni vom Stimmvolk angenommen wurde. Da Gegner:innen gegen neuere parlamentarische Änderungen erneut das Referendum ergriffen, stimmen wir noch einmal darüber ab.

## Nein zu mehr Härtefallhilfen und Arbeitslosenentschädigungen?

Die Änderungen des Parlaments betreffen unterschiedliche Massnahmen und Branchen: So wurden



Flavia Wasserfallen, Nationalrätin BE

verbesserte Wirtschaftshilfen für Arbeitnehmende und Unternehmen beschlossen, damit Löhne gesichert und Konkurse sowie Kündigungen vermieden werden können. Das Parlament entschied, dass noch mehr Unternehmen Härtefallhilfen beanspruchen können und der Erwerbersersatz für Selbständigerwerbende ausgedehnt werden soll. Zu erwähnen sind zusätzliche Tagelder für erwerbslose Personen, Entschädigungen für die Eventbranche, zusätzliche Finanzhilfen für Kitas sowie Finanzhilfen für freischaffende Künstler:innen.

## Zertifikat als Schlüssel zur Freiheit

Das neue Covid-19-Gesetz regelt auch die gesetzliche Grundlage für das Covid-Zertifikat. Mit dem Zertifikat lässt sich eine Covid-Impfung, eine durchgemachte Erkrankung oder ein negatives Testergebnis einheitlich und sicher dokumentieren. Weil es international anerkannt ist, können wir damit ins Ausland reisen. Ausserdem kommt es zur Anwendung, wenn stark steigende Fallzahlen und eine hohe Auslastung der Spitäler einschränkende Massnahmen erfordern. So können Veranstaltungen oder Freizeitakti-

vitäten weitergeführt werden, ohne dass es wieder zu Schliessungen kommen muss. Zudem konnten dank dem Zertifikat Quarantänebestimmungen für geimpfte und genesene Personen aufgehoben werden.

Darum Ja zum Covid-Gesetz: Wir wollen die Gesundheitsversorgung sichern, die Pflegenden entlasten, Kranke schützen und betroffene Arbeitnehmende und Unternehmen weiter unterstützen. Und dank dem Zertifikat können alle weiter ins Kino, ins Konzert oder ins Restaurant.

## DARUM GEHT ES

Das Covid-19-Gesetz ermöglicht den besseren Schutz des Gesundheitswesens, längere Arbeitslosenentschädigungen, einen Ausbau der Härtefallhilfen und des Erwerbersersatzes für Selbständigerwerbende. Es schafft die Grundlage für das Covid-Zertifikat, das Anlässe, Restaurantbesuche und Auslandsreisen ermöglicht. Ohne Zertifikat wird unsere Bewegungsfreiheit deutlich eingeschränkt.

Darum aus Vernunft:  
Ja zum Covid-Gesetz!

# SP sagt Nein zur Justiz-Initiative

**DIE SP SCHWEIZ LEHNT DIE JUSTIZ-INITIATIVE AB. UNSERE JUSTIZ BRAUCHT DEMOKRATISCHE LEGITIMATION UND AUSGEWOGENE ENTSCHEIDUNGEN – KEINE ZUFALLENTSCHEIDE, KEINE WILLKÜR, KEINE LOTTERIE.** Lewin Lempert

Die Initiative verlangt, dass Bundesrichter:innen in Zukunft ausgelost werden. Dabei würde eine Expert:innenkommission Personen zum Losverfahren zulassen oder ablehnen. Die ausgelosten Kandidat:innen würden auf Lebzeit im Amt bleiben.

## **Warum das heutige Verfahren richtig und korrekt ist**

Heute werden unsere Bundesrichter:innen vom Parlament für sechs Jahre demokratisch gewählt. Das sichert das Vertrauen in unsere Justiz. Es ist richtig, dass unsere Bundesrichterinnen und Bundesrichter nach dem Parteienproporz gewählt werden. Das sichert die gesellschaftliche und politische Ausgewogenheit in ihren Entscheidungen. Dank Parteizugehörigkeit lassen sich die Bundesrichter:innen zudem in ihren gesellschaftlichen Vorstellungen und Werten transparent verorten. Und es ist korrekt, dass unsere Richterwahlen nicht nach dem Zufallsprinzip funktionieren. Das wäre unserer Justiz unwürdig.

Die Wahl von Richter:innen verdient eine ernsthafte demokratische Auseinandersetzung und keine Lotterie.

## **Warum das Losverfahren undemokratisch ist**

Während in unserem Land jedes Amt – vom Schulpflegemitglied über die Gemeindepräsidentin bis zum Bezirksrichter und zur Regierungsrätin – in einer demokratischen Wahl besetzt wird, sollen die höchsten Richterinnen und Richter per Lotterie bestimmt werden?

Vom Initiativkomitee wird das Argument eines qualifizierten Losverfahrens vorgeschoben, wonach nur qualifizierte Personen zur Los-Auswahl zugelassen würden. Dabei wird unter den Tisch gekehrt, wie diese Zulassung nach Initiativtext funktionieren soll: Eine für zwölf Jahre gewählte Fachkommission entscheidet über die Zulassung einzelner Personen. Das führt zu einer enormen Machtkonzentration bei einigen wenigen Kommissionsmitgliedern. Da ist die demokratische Wahl durch 246 vom Volk gewählte Parlamentarier:innen doch bei weitem vorzuziehen.

Wir brauchen eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Vor- und Nachteilen einer Kandidatur. Wir brauchen keine sogenannte «Expertengruppe», die gewisse Personen zum Lotto zulässt und andere nicht.

## **Die Schweiz braucht keine Ego-Trips von Multimillionären**

Zu guter Letzt lässt aufhorchen, aus welcher Ecke der Vorschlag kommt: Die untaugliche Initiative wurde von Adrian Gasser, einem der 300 reichsten Menschen der Schweiz, im Alleingang initiiert und finanziert. Der Multimillionär liess sich rund um die Lancierung seiner Initiative so zitieren: «Andere haben ein Motorboot in Monaco, ich habe mir nun diese Initiative [...] geleistet.» Das sagt alles: Die Justizinitiative entspricht dem Ego-Trip eines Multimillionärs. Darauf hat die Schweiz nun wirklich nicht gewartet.

**Darum: Nein zur Justiz-Initiative!**

**STAND  
PUNKT**



Lara Can, Sekretärin SP Migrant:innen  
Rebekka Wyler, Co-Generalsekretärin SP Schweiz

## **Afghanistan: Hilfe in der Schweiz und vor Ort**

Wir können uns erinnern: Plötzlich überschlugen sich die Nachrichten aus Afghanistan. Die westlichen Truppen zogen ab, die Taliban übernahmen die Macht. Viele Menschen versuchten verzweifelt zu fliehen. Die Bilder vom Flughafen in Kabul werden wir so schnell nicht wieder vergessen. Die SP Schweiz forderte den Bundesrat auf, grosszügig zu helfen und Flüchtlinge einreisen zu lassen. Eine entsprechende Online-Petition wurde von 50 000 Menschen unterschrieben.

Doch bürgerliche Parteien demonstrierten einmal mehr Kältherzigkeit und Gleichgültigkeit. Menschen aus Afghanistan, die bereits in der Schweiz leben, organisierten sich, um ihren Verwandten und Bekannten vor Ort zu helfen. Einige von ihnen gelangten auch an die SP Schweiz. Die SP Migrant:innen gründete daraufhin ein Afghanistan-Netzwerk, das einen 15-Punkte-Plan verabschiedet hat. Darin geht es um die Aufnahme von Flüchtlingen aus Afghanistan, um Hilfe vor Ort und um die Verbesserung der Situation von aus Afghanistan stammenden Menschen in der Schweiz.

Die Schweiz kann und muss zusätzlich 10 000 Flüchtlinge aufnehmen, Familienzusammenführungen ermöglichen und humanitäre Visa entgegennehmen. Bis Anfang Oktober trafen in Bern 7800 Gesuche ein – nur drei davon wurden positiv beantwortet! Das darf nicht so bleiben. Parallel muss die humanitäre Hilfe für die afghanische Bevölkerung ausgebaut werden. Und last but not least gilt es, die Situation der Afghan:innen, die bereits in der Schweiz leben, zu verbessern. Eine Rückkehr nach Afghanistan wird auch mittelfristig nicht möglich sein. Wegweisungen sind zu annullieren, und der Aufenthaltsstatus von Menschen aus Afghanistan muss umgehend verbessert werden, damit sie sich endlich integrieren können.

Am Samstag, 20. November, findet in Bern eine nationale Demonstration statt. An der Organisation ist auch das Afghanistan-Netzwerk der SP Migrant:innen beteiligt. Alle sind aufgerufen, an diesem Tag ihre Solidarität mit den Menschen in Afghanistan und den Afghan:innen in der Schweiz zu zeigen.

Mehr dazu auf der RegioBE-Seite der Schweizer Ausgabe des links.



# Ist der SP die Arbeiterklasse abhanden gekommen?

**DAS AARAUER ZENTRUM FÜR DEMOKRATIE (ZDA) HAT KÜRZLICH EINE STUDIE ZU DEN ERFOLGEN UND AUSSICHTEN DER SOZIALDEMOKRATIE IN EUROPA PUBLIZIERT. HISTORIKER UND POLITIKWISSENSCHAFTER CLAUDE LONGCHAMPS ORDNET DEN BERICHT EIN UND ZIEHT DARAUS SCHLÜSSE FÜR DIE SP SCHWEIZ.**

Tarik Abou-Chadi (ZDA), Reto Mitteregger (Uni Zürich) und Cas Mudde (Uni Georgia, USA) sind durchwegs anerkannte Forscher, Lehrer und Autoren. Für die deutsche Friedrich-Ebert-Stiftung haben sie eine kurze Schrift zur elektoralen Krise der Sozialdemokratie in Westeuropa verfasst, die zu lesen und zu diskutieren sich lohnt.

## Was der Bericht weiss

Unbestritten ist für die drei Wissenschaftler, dass die sozialdemokratischen Parteien in zahlreichen Ländern Wahlen verloren haben. Gleichzeitig haben rechtsradikale Parteien einen bisher nie gesehenen Aufschwung erlebt. Beides zusammen hat zu einer medial dominanten Erklärung geführt, wonach die SP die traditionelle Arbeiterschaft an die neuen Rechtsparteien verloren habe.

Der Bericht relativiert diese Aussage. Die Politikwissenschaftler bestätigen bloss, dass die Arbeiterschaft kein monolithischer Block ist. Hinzu kommt, dass sie kleiner und vielfältiger geworden ist. In den letzten Jahrzehnten sind zahlreiche Menschen mit Migrationshintergrund dazugekommen, und die weibliche Belegschaft in Dienstleistungsberufen ist stark gewachsen.

Darauf haben die nationalen sozialdemokratischen Parteien unterschiedlich reagiert:

- In Dänemark beispielsweise mit einer linksnationalistischen Strategie, sichtbar ausgedrückt durch eine restriktive Zuwanderungspolitik.
- In Deutschland und Österreich mit einer zentristischen Strategie in wirtschaftlichen und kulturellen Themen, um regierungsfähig zu bleiben oder zu werden.
- Und in anderen Ländern mit einer klar linken Strategie, die Positionen der meist gewerkschaftlichen Linken mit jenen der neuen Linken in den sozialen Bewegungen kombiniert.



Claude Longchamps, Politikwissenschaftler und Historiker, Lehrbeauftragter an der Uni Bern, vormals Gründer und Leiter des Forschungsinstituts gfs.bern und Wahlanalytiker für die SRG

Die Autoren fackeln im Fazit nicht lange: Die beiden ersten Strategien mögen teilweise enttäuschte Wechselwählende ansprechen. Sie erzeugen jedoch neue Probleme, etwa bei gut gebildeten Fachkräften oder jungen Wählenden. In einer diversifizierten Linken stärken sie die Grünen. Deshalb empfehlen die Politikwissenschaftler die dritte Strategie mit klar etatistischen Positionen für Wirtschaft und Gesellschaft sowie einer Identitätspolitik, die soziale Bewegungen einbindet.

## Was das für die Schweiz bedeutet

Bezogen auf die Schweiz wirkt der Bericht etwas zu schematisch. Die Schweizer Arbeiterschaft im Industriesektor ist vielfach durch ausländische Arbeiter:innen ohne politische Rechte verdrängt worden. Hier geht es auch weniger um den Griff nach der Macht bei Wahlen als um die Positionierung in der vielfältigen direkten Demokratie. Dass Parlamentswahlen in der Schweiz die Zusammensetzung des Bundesrats nicht direkt bestimmen, wirkt ausgleichend: Die SP kann keine grossen Wahlhoffnungen wecken, erleidet aber auch keine eigentlichen Einstürze.

Doch künden sich die nächsten nationalen Wahlen an. Und sie verheissen vorerst wenig Gutes für die SP. Ihr unbedingtes Ziel muss sein, aus dem historischen Tief von 2019 herauszukommen. Weder die jüngsten kantonalen Wahlergebnisse noch das neueste Wahlbarometer legen nahe, dass dies gelingen wird. Hauptgründe sind Mobilisierungsschwäche speziell bei Männern und thematische Konkurrenz durch linke und mittige Parteien mit «Grün» im Namen, die namentlich jüngere Wählende besser ansprechen.

## Entscheidende Pflege-Initiative

Überblickt man die zwei pandemiegeprägten Jahre seit den Wahlen

2019, drängen sich mindestens zwei Schlüsse auf: Erstens hat Corona gezeigt, wie wichtig solidarisches Handeln ist, dass aber gegenüber staatlicher Aktivität Skepsis besteht, dies quer durch die politische Landschaft. Zweitens machen die neuesten Volksabstimmungen deutlich, dass konkrete Reformen wie der Vaterschaftsurlaub oder die Ehe für alle Mehrheiten finden können. Für die SP dürfte entscheidend sein, ob es bei der Pflege-Initiative für ein Ja reicht. Das könnte die Ausgangslage für 2023 neu definieren.

Welche Empfehlungen sollte die SP beherzigen? Grünen Parteien nicht die Themenarbeit zu überlassen und reformorientierte Fachkräfte selber anzusprechen, halte ich für nachahmenswerte Empfehlungen des Berichts der Friedrich-Ebert-Stiftung. Abstrakte Strategieüberlegungen scheinen dagegen weniger nützlich.

Zum Bericht und zur Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung: [zdaarau.ch](http://zdaarau.ch)

**Für die SP dürfte entscheidend sein, ob es bei der Pflege-Initiative für ein Ja reicht.**



# Afghanistan-Netzwerk der SP Migrant:innen: Nur gemeinsam sind wir stark

**DAS AFGHANISTAN-NETZWERK DER SP MIGRANT:INNEN WILL DEN AFGHANEN UND AFGHANINNEN IN DER SCHWEIZ EINE STARKE POLITISCHE STIMME GEBEN. ES HAT EINEN 15-PUNKTE-AKTIONSPLAN ERARBEITET. ERSTES ZIEL IST EINE KRAFTVOLLE KUNDGEBUNG AM 20. NOVEMBER IN BERN.**



Fereshte Akbari, Afghanistan-Netzwerk  
der SP Migrant:innen, Zollikofen

«Mein Vater war in der afghanischen Armee Offizier. Wer jahrelang gekämpft hat, ist jetzt allein. Er und seine Angehörigen fürchten um ihr Leben. Es ist für mich sehr schwer, nicht helfen zu können.» «Der Westen darf sich jetzt nicht noch stärker von Afghanistan abwenden. Die afghanische Bevölkerung ist dringend auf Hilfe angewiesen. Viele haben

ihr Einkommen verloren. Die grosse Dürre verschärft die Lage. Viele leiden Hunger.» «Meine Schwester lebt mit ihren Kindern in Kabul und hat sich irgendwo versteckt. Ihr Gesuch für ein humanitäres Visum blieb aber ohne Antwort.» «Meine Mutter lebt seit zwölf Jahren in der Schweiz. In ihrem Kanton hat sie aber keine Aussicht, eine Aufenthaltsbewilligung zu erhalten. Sie gilt immer noch als Weggewiesene. Sprachkurse besuchen und Arbeit finden ist so fast unmöglich.»

Diese und viele weitere eindruckliche Zeugnisse legten Afghaninnen und Afghanen ab, die sich auf Einladung der SP Migrant:innen im September im Bundeshaus trafen. Viele sind SP-Mitglieder. Dennoch kannten sich die meisten gegenseitig nicht. Umso wichtiger war dieser Austausch. Rasch kamen die Anwesenden überein, am Netzwerk Afghanistan im Rahmen der SP Migrant:innen weiterzuknüpfen. Nur miteinander sind wir stark und können unsere politische Stimme erheben.

Erstes Ziel war die Erarbeitung eines 15-Punkte-Aktionsplans. Das Netzwerk hat diesen an einem nächsten Treffen intensiv diskutiert und verabschiedet. Nun geht es darum, auf dieser Grundlage eine schweizweite Plattform aufzubauen. Nur breit vernetzt können wir politisch miteinander etwas bewirken.

Als nächsten Schritt will das Netzwerk am 20. November in Bern eine kraftvolle

Kundgebung organisieren. Nun suchen wir die Unterstützung der bisher untereinander kaum koordinierten afghanischen Vereine in der Schweiz und jene möglichst vieler Parteien und Organisationen.

Zwar ist Afghanistan aus den Schlagzeilen verschwunden. Die Probleme sind deswegen aber nicht kleiner geworden. Der Bundesrat darf die Anfrage der UNO nicht länger ignorieren, mehr Menschen aus Afghanistan aufzunehmen.

Die Schweiz kann und muss zusätzlich 10 000 besonders vulnerable Flüchtlinge aufnehmen, Familienzusammenführungen ermöglichen und humanitäre Visa erteilen. Bis Anfang Oktober trafen in Bern 7800 Gesuche ein. Es ist beschämend zu vernehmen, dass davon bisher nur 3 positiv beantwortet wurden.

Parallel muss auch die humanitäre Hilfe für die afghanische Bevölkerung ausgebaut werden. Diese muss bedingungslos gewährt werden. Einziges Kriterium darf sein, ob sie gerecht verteilt wird und tatsächlich bei den Bedürftigen ankommt.

Zudem gilt es, die Lage der Afghan:innen in der Schweiz zu verbessern. Wer in der Schweiz lebt, wird langfristig nicht nach Afghanistan zurückkehren können. Wegweisungen müssen annulliert und der Aufenthaltsstatus von allen Betroffenen verbessert werden. Andernfalls wird die Integration in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt stark erschwert. Das wäre mit hohen Folgekosten verbunden und liegt im Interesse von niemandem.

**Belinda Nazan Walpoth, Grossrätin und Co-Präsidentin der SP Migrant:innen Bern, reichte mit anderen SP-Grossrätinnen und -Grossräten Anfang September eine dringliche Motion ein. Sie will den Regierungsrat beauftragen, den Bundesrat aufzufordern, mehr bedrohte Menschen aus Afghanistan aufzunehmen und mehr humanitäre Hilfe zu leisten.**

STÄDTISCHE ABSTIMMUNG VOM 28. NOVEMBER 2021

# KEINE KRUMMEN RÜCKEN MEHR

**JA** zum Farbsack-Trennsystem  
am 28. November 2021



# JA zu einer sozialeren Abfallentsorgung

**AM 28. NOVEMBER STIMMEN WIR IN DER STADT BERN ÜBER EINE NEUE ABFALLENTSORGUNG AB – ÜBER DAS FARBSACK-TRENNSYSTEM. MIT DEM FARBSACK-TRENNSYSTEM WIRD DIE ABFALLENTSORGUNG SOZIALER UND PRAKTISCHER. DER ABFALL KANN ZU HAUSE GETRENNT UND DIREKT IM HAUSEIGENEN CONTAINER ENTSORGT WERDEN. DAS MACHT DIE TRENNUNG FÜR ALLE ZUGÄNLICH UND SCHONT DIE GESUNDHEIT DERJENIGEN, DIE UNSEREN ABFALL ENTSORGEN.**



Edith Siegenthaler,  
Stadträtin, Präsidentin  
Mieter\*innenverband  
Kanton Bern

Die meisten Berner:innen trennen ihren Abfall. Allerdings kann das ziemlich beschwerlich sein. Da die Abfallsammelstellen in der Regel nicht vor der eigenen Haustür sind, muss man das Altglas oft ziemlich weit schleppen. Die Sammelstellen sind manchmal so gut besucht, dass die Behälter überfüllt sind. Den blauen Abfallsack kann man an zwei Tagen in der Woche auf die Strasse stellen. Viele lagern deshalb ihre Abfallsäcke auf dem Balkon oder hängen sie an den Fenstersims. Und in vielen Quartieren sieht es am Morgen vor der Abfallentsorgung chaotisch aus, weil Füchse und andere Wildtiere die Säcke nach Essbarem durchsuchen, noch bevor sie abgeholt werden können. Schliesslich sind die Abfallsäcke eine grosse Belastung für die Angestellten der Abfallentsorgung. Sie heben bei einer Entsorgungstour jedes Mal mehrere Tonnen Abfall. Viele haben da-

von Rückenschäden und können ihren Beruf nicht bis zur Pensionierung ausüben.

## Die Neuerungen

Neu soll es vor jedem Haus Container geben, wo wir unsere Abfallsäcke jederzeit entsorgen können. Flaschen, Büchsen, PET oder Plastik können zu Hause in sogenannten Farbsäcken getrennt und ebenfalls in diesen Containern entsorgt werden. Wer also zum Beispiel die Flaschen nicht mehr zur Entsorgungsstelle bringen möchte, sondern sie lieber vor dem Haus entsorgt, kann Farbsäcke für Flaschen kaufen, darin die Flaschen sammeln und den Sack im Container vor dem Haus entsorgen. Noch einfacher ist es mit Papier und Karton. Beides kann einfach lose, ohne Bündeln, im Container entsorgt werden. Die Entsorgungsstellen bleiben aber bestehen. Es wird also niemand gezwungen, die Farbsäcke zu verwenden.

## Gesundheitsschutz

Die Container verbessern entscheidend den Gesundheitsschutz derjenigen Männer und Frauen, die jeden Tag unseren Abfall entsorgen. Sie können die Container neu direkt an den Abfallwagen heranrollen. Der Wagen hebt die Container an und leert sie. Das

entlastet die Belader:innen auf den Entsorgungstouren und sorgt dafür, dass sie nicht mehr Rückenschäden in Kauf nehmen müssen, wenn sie für uns alle den Abfall entsorgen. Der SP ist es ein Anliegen, dass unser Abfall nicht auf Kosten derjenigen entsorgt wird, die diesen wegbringen. Für vertretbare Arbeitsbedingungen ist es deshalb dringend nötig, dass das neue System mit den Containern eingeführt wird.

## Abfalltrennung für alle ermöglichen

Die Abfalltrennung wird mit dem neuen System für Menschen, die nicht gut zu Fuss sind, einfacher. Sie müssen ihre Abfälle nicht mehr zur Entsorgungsstelle schleppen, sondern können sie direkt im Container entsorgen. Das ist besonders für ältere Menschen, aber zum Beispiel auch nach einem Unfall, wichtig. Wenn wir eine Stadt für alle sein wollen, ist es unumgänglich, dass wir die Abfalltrennung auch denjenigen ermöglichen, die körperlich beeinträchtigt sind.

Aus all diesen Gründen unterstützt die SP das neue Farbsack-Trennsystem und empfiehlt den Stimmberechtigten – zusammen mit den grünen Parteien, der Juso, den Gewerkschaften, dem Mieter:innenverband sowie dem WWF – ein Ja einzulegen.

# 42 Millionen für die 172 Reichsten

**DIE BASELBIETER REGIERUNG HAT EINE VERMÖGENSSTEUERREFORM ANGEKÜNDIGT. KONKRET WILL REGIERUNGSRAT ANTON LAUBER DIE STEUERLICHE BEWERTUNG VON WERTSCHRIFTEN ANPASSEN UND DIE SPITZENVERMÖGENSSTEUERSÄTZE UM 30 % KÜRZEN. INSGESAM KOSTEN DIESE STEUERPRIVILEGIEN DEN KANTON UND DIE GEMEINDEN RUND 42 MILLIONEN. DAS WÜRDIE DIE SCHERE ZWISCHEN ARM UND REICH WEITER ÖFFNEN UND ZU ABBAUMASSNAHMEN BEI DER ÖFFENTLICHEN HAND FÜHREN.**

Vor kurzem war ich in der SRF-Sendung Arena zum Thema *Steuersystem und Ungleichheit*. Es ging nicht lange, bis der Vorwurf im Raum stand: Die SP ist eifersüchtig auf die Reichen. Das stimmt natürlich nicht, ich gönne allen ihren Luxus und ein Leben frei von Existenzängsten. Doch die wachsende Einkommens- und Vermögensungleichheit wirkt sich gleich mehrfach negativ auf unsere Gesellschaft aus, darum wehren wir uns dagegen.

■ **Gekaufte Demokratie:** Eine höhere Vermögenskonzentration führt zu mehr Korruption und damit zu einer Schwächung der Demokratie. Für entsprechende Beispiele braucht es keinen Blick über den Atlantik, wir haben in der Region Basel eigene Erfahrungen damit gemacht: Superreiche wie Christoph Blocher kaufen ganze Medienhäuser auf, führen mit millionenschweren Kampagnen die gewünschten Abstimmungsresultate herbei und bauen sich im Parlament eine finanzstarke Lobby für ihre Partikularinteressen auf. Es ist kein Zufall, dass die Mitte, FDP und SVP nach der Abstimmung zur Konzernverantwortungsinitiative nun einen Angriff auf NGOs und Kirchen gestartet haben. Wenn es nach den Bürgerlichen geht, soll politische Einflussnahme in der Schweiz den Konzernen und ihren Aktionären vorbehalten sein.



Samira Marti,  
Nationalrätin BL

■ **Das Geld fehlt anderen:** Der Reichtum der einen hat einen direkten Zusammenhang mit der Armut der anderen. Die Reallöhne stagnieren seit fünfzehn Jahren und die Arbeitsmarktsituation wird für ältere Arbeitnehmende immer schwieriger. Gleichzeitig schöpfen die Superreichen weltweit Gewinne ab, die von der Allgemeinheit erarbeitet wurden. Ein aktuelles Beispiel dafür sind die Konzerne Moderna und Biontech. Deren mRNA-Impfstoffe wurden dank jahrzehntelanger, staatlich finanzierter Investitionen in die Grundlagenforschung entwickelt. Die Milliarden Gewinne werden nun an die Aktionäre ausbezahlt.

■ **Volkswirtschaftlich schädlich:** Die Superreichen haben so viel, sie können gar nicht genügend ausgeben. Ihr Konsum ist deshalb ökonomisch zu tief und ihre Sparquote zu hoch. Sie blasen via Börsenspekulation den Finanzmarkt auf und machen damit die gesamte Wirtschaft instabil. Ihr Geld fehlt gleichzeitig der Realwirtschaft und die Konsument:innen müssen sich verschulden oder verzichten. Dieses Ungleichgewicht hat die Finanzkrise 2007 verursacht. Aktuell treiben sie damit die Immobilien- und Bodenpreise in die Höhe.

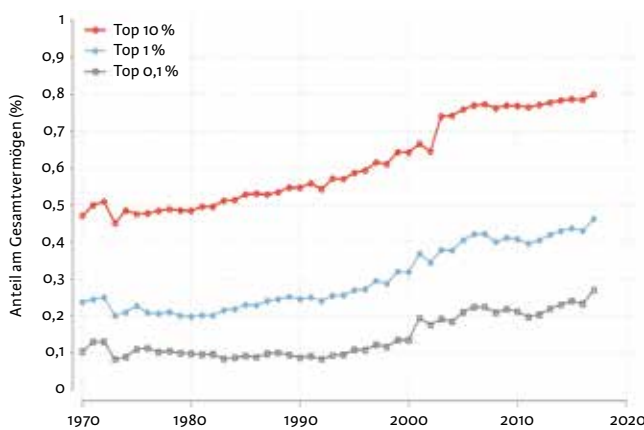
Unser Steuersystem sollte deshalb dringend die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen korrigieren. Heute passiert jedoch das Gegenteil. Die Superreichen und die Konzerne werden steuerlich privilegiert, während die Menschen auf Arbeit und Konsum immer mehr bezahlen.

■ **Krasse Umverteilung nach oben**  
Schweizweit kam das Kapital in den letzten Jahren in den Genuss von Steuerprivilegien bei Erbschafts-, Unternehmens- und Kapitalsteuern von jährlich mindestens 4,5 bis 5,5 Milliarden Franken. Gleichzeitig wurden unter anderem Mehrwertsteuer und ALV-Beiträge für die arbeitende Bevölkerung um jährlich 2 bis 2,5 Milliarden erhöht.

Die angekündigte Baselbieter Reform der Vermögenssteuer reiht sich nahtlos in diese Entwicklung ein. In den letzten 20 Jahren wurden Unternehmen und Reiche im Kanton Basel-Landschaft um 180 Millionen pro Jahr privilegiert, während die Prämienverbilligungen gekürzt, ÖV-Linien abgeschafft und Bildungsangebote reduziert wurden. Zusätzlich wurde eine Erhöhung der Einkommensteuersätze für tiefe Einkommen von Regierungsrat Lauber bereits angekündigt.

Es wird in nächster Zeit die zentrale Herausforderung der SP Basel-Land sein, diese Reform zu verhindern. Wenn wir das nicht schaffen, fällt der finanzielle Spielraum, der heute für kantonale und kommunale Investitionen in die soziale und ökologische Infrastruktur bestehen würde, sofort wieder weg und die Vermögensungleichheit im Kanton würde zusätzlich angetrieben. Das Resultat wäre wiederum ein jahrelanger Abwehrkampf gegen neue Abbau- und Sparvorlagen. Dagegen müssen wir uns wehren.

## Kanton Basel-Landschaft: Vermögenskonzentration seit 1970



Schon vor 50 Jahren besass das reichste Prozent einen Fünftel der Vermögen. Trotz Dotcom-Blase, Jahrhundert-Finanzkrise, Eurokrise und zuletzt Corona-Krise (nicht in der Grafik) wachsen die Vermögensanteile der Superreichen unbeirrt weiter. Heute besitzt das reichste Prozent im Baselbiet fast die Hälfte des Gesamtvermögens.

# Die Netzwerkerin verlässt den Kantonsrat

**NACH RUND EINEM VIERTELJAHRHUNDERT AKTIVER POLITIK TRITT HELENE MEYER-JENNI AUF DIE DEZEMBER-SESSION AUS DEM KANTONS RAT ZURÜCK. EIN DANKESCHÖN AN EINE POLITIKERIN, DIE IHR NETZWERK GEKONNT FÜR POLITISCHE ERFOLGE NUTZTE.**



Helene Meyer-Jenni

Nach insgesamt acht Jahren im Kantonsrat tritt Helene Meyer-Jenni nun zum zweiten Mal aus dem Kantonsrat zurück. Bereits 2003/2004 war sie als amtierende Gemeinderätin Mitglied des kantonalen Parlaments, entschied sich dann aber, sich voll auf ihr neues Amt in Kriens zu konzentrieren. Denn nicht in der Stadt Luzern, sondern in Kriens gelang der SP der grosse Coup: Die SP holte ihr erstes Gemeindepräsidium im Kanton Luzern und mit Helene gelang es der ersten SP-Frau, Präsidentin einer grossen Schweizer Gemeinde zu werden. Mit dem Wechsel ins Präsidium, das mit dem Bildungsdepartement verbunden war, fand Helene zu ihrer Bestimmung als Bildungs- und Kulturpolitikerin. In Zeiten von Sparrunden schaffte es Helene, dass der Einwohnerrat die Leistungsvereinbarung mit dem Museum Bellpark, einer kulturellen Oase in Kriens, erneuerte. Sie war auch massgeblich daran beteiligt, dass die Regionale Kulturkonferenz (RKK) auf ein neues

finanzielles Fundament gestellt werden konnte. Ein Thema, welches sie auch später im Kantonsrat wieder beschäftigen sollte.

Im Jahr 2015 gab Helene ihr Comeback im Kantonsrat, wo sie gleich das Präsidium der Kommission Erziehung, Bildung und Kultur (EBKK) übernahm, welches sie für vier Jahre innehatte. Mit ihrer grossen Erfahrung und breiten Vernetzung war Helene Meyer-Jenni im Kantonsrat eine gewichtige Stimme für einen lebenswerten Kanton sowie für mehr Chancengerechtigkeit im Bildungsbereich – gerade auch für sozial Schwächere. Ihre sachliche, unaufgeregte Art im Rat wurde über die Parteigrenzen hinweg geschätzt. Aufgewachsen in einer grossen Bauernfamilie, Präsidentin einer wichtigen Agglogemeinde auf dem Weg hin zu einer Stadt – Helene fand überall Anknüpfungspunkte, um ihr politisches Netzwerk auch im Kantonsrat in politische Erfolge umzusetzen. So mit ihrer breit abgestützten Motion zur Stärkung der tertiären Bildung oder ganz aktuell für mehr Mittel für die Filmförderung.

Nach 25 Jahren politischer Arbeit auf kommunaler sowie auf kantonaler Ebene möchte sich Helene nun auf ihren Beruf als Geschäftsleiterin der KinderSpitex Zentralschweiz und ihre mittlerweile um eine Generation grösser gewordene Familie konzentrieren. Die Fraktion bedauert diesen Entscheid, kann ihn aber auch nachvollziehen. Die SP dankt Helene für ihr langjähriges grosses Engagement im Kantonsrat und in Kriens und wünscht ihr alles Gute und viel Freude in der neu gewonnenen freien Zeit.

Marcel Budmiger, Fraktionschef

DIE NACHFOLGERIN:

**GISELA WIDMER REICHLIN**

Die Nachfolge von Helene Meyer-Jenni tritt Gisela Widmer Reichlin aus Adligenswil an. Sie vertritt die SP als Bauvorsteherin im Gemeinderat Adligenswil und bringt somit ebenfalls Exekutiverfahrung in die SP-Kantonsratsfraktion, die damit auch weiterhin eine Frauenmehrheit aufweist. Beruflich war Gisela Widmer Reichlin in verschiedenen Funktionen im Bildungsbereich tätig und führt heute als Selbständige das Atelier für Gestaltung in Adligenswil.



In Velika Kladuša, Bosnien, nahe der EU-Grenze zu Kroatien: Flüchtlingsfamilien aus Afghanistan campieren in notdürftigen Zelten. Bild vom Oktober 2021.

## Stopp der Verletzung von Menschenrechten

Am 6. Oktober belegte die SRF-Rundschau mit dramatischen Bildern, was längst bekannt war: Die kroatische Polizei prügelt Asylsuchende systematisch über die EU-Aussengrenze zurück nach Bosnien. Den Flüchtlingen bleibt damit das Recht auf einen Asylantrag verwehrt, ihre Würde und Integrität wird in krasser Weise verletzt. Eine Schande für Europa!

Finanziert werden diese Polizeieinsätze unter anderem über den so genannten BMVI-Fonds – und damit auch mit Geld aus der Schweiz. Nun steht die Bestätigung der Schweizer Beiträge an diesen Fonds an.

Die schweren Menschenrechtsverletzungen beeindrucken die zuständige Bundesrätin Karin Keller-Sutter kaum. Sie liess lapidar verlauten, die Schweiz könne die Vorgänge nicht kontrollieren. Die EU-Kommission sei zuständig.

Diese Aussagen irritieren in doppelter Hinsicht: Einerseits ist die Schweiz Mitglied

des Verwaltungsrats des BMVI-Fonds und kann dort ihren Einfluss geltend machen. Andererseits hat dieselbe Bundesrätin Vorschläge der SP, die darauf abzielten, die Mittel anders einzusetzen und den Einsatz besser zu überwachen, immer abgelehnt.

Ohne ein Ende und eine lückenlose Aufklärung dieser Verbrechen, ohne die Schaffung neuer Mechanismen, die solche Vorgänge verhindern, darf die Schweiz keinen Rappen mehr in diesen Fonds leisten. Europa braucht eine gemeinsame und solidarische Asylpolitik – aber vor allem endlich eine, die die Menschenrechte respektiert. Fabian Molina

### FRONTEX-REFERENDUM KOMMT

«Die SP hat die Frontex-Vorlage in der Herbstsession im Parlament abgelehnt, weil es an den EU-Aussengrenzen viel zu oft zu Menschenrechtsverletzungen kommt. Auch auf europäischer Ebene wird das Vorgehen von Frontex scharf kritisiert. So hat sich vor einigen Tagen das EU-Parlament dafür ausgesprochen, 90 Millionen Euro für Frontex zurückzuhalten. Die SP Schweiz unterstützt das Referendum von Flüchtlingsorganisationen, denn es ist wichtig, den Druck zu erhöhen, damit die Menschenrechte an der EU-Aussengrenze respektiert werden. Der gesamteuropäische Kampf für eine humanitäre Flüchtlingspolitik ist für die SP zentral.

→ [frontex-referendum.ch](https://frontex-referendum.ch)

### HILFST DU MIT?

Stefan Dietrich, SP-Mitglied aus Bremgarten (AG), hilft Flüchtlingen auf dem Balkan seit Jahren in privaten Aktionen. Der Historiker, Lehrer und profunde Kenner der Region fährt regelmässig mit Hilfsgütern nach Bosnien. Vieles kauft er auch günstig vor Ort ein. Dafür ist er auf Spenden und tatkräftige Mithilfe angewiesen. Hilfst du mit? Melde dich unter [stdietrich@gmail.com](mailto:stdietrich@gmail.com).

## Pandora-Papers: Korrektur bei Geldwäschergesetz dringend



Min Li Marti,  
Nationalrätin ZH

Die Pandora-Papers haben aufgezeigt, welche Mittel die Reichen und Mächtigen einsetzen, um Steuern zu hinterziehen oder Geld vor den Strafverfolgungsbehörden zu verstecken. Die Opfer von Steuerhinterziehung und Geldwäscherei sind die regulären Steuerzahler:innen, die ehrlichen Unternehmen, die Einwohner:innen von Staaten, deren korrupte Regierungen ihre eigenen Länder ausbluten, sowie die Opfer des organisierten Verbrechens.

Eine prominente Rolle bei diesen Machenschaften spielen Schweizer Anwälte und Treuhänderinnen. Im Frühling hat das Parlament das Geldwäschereigesetz beraten. Die rechte Mehrheit hat dabei dafür gesorgt, dass ebendiese Berater:innen nicht dem Gesetz unterstellt wurden – gegen den Willen des Bundesrats. Jetzt zeigt sich: Diese Nichtunterstellung war fahrlässig.

### Goldhandel im Visier

Die SP will dies korrigieren: Mit einer parlamentarischen Initiative fordern wir, dass auch die Berater:innen in die Pflicht genommen werden, so, wie dies ursprünglich vorgesehen war. Mit weiteren Vorstössen wollen wir erreichen, dass die Schwelle für die Sorgfalts- und Dokumentationspflicht beim Goldhandel gesenkt wird. Zudem fordern wir ein zentrales öffentliches Register der wirtschaftlich Berechtigten. Auch wollen wir die Bestimmungen zur strafrechtlichen Einziehung von illegal erlangten Vermögenswerten verschärfen.

Geldwäscherei ist kein Kavaliersdelikt! Bundesrat und Parlament müssen jetzt handeln, damit die Schweiz nicht noch weiter in Verruf gerät.



Eine Sans-Papier in Zürich: So schön könnte das Leben sein, wenn man legal hier sein dürfte.

# «Pandemie macht Armut öffentlich und offensichtlich»

**SIE SIND UNSICHTBAR UND DOCH SYSTEMRELEVANT: DIE SANS-PAPIERS. AUSGENÜTZT UND SCHUTZLOS ÜBERLEBEN SIE AUCH WÄHREND DER CORONA-PANDEMIE MITTEN IN UNSEREN STÄDTEN – IRGENDWIE, WIE EIN BEWEGENDES BUCH ZEIGT. WIR HABEN CORINE MAUCH, SP-STADTPRÄSIDENTIN VON ZÜRICH, GEFRAGT, WAS DIE GRÖSSTE STADT DER SCHWEIZ FÜR DIE SANS-PAPIERS UNTERNIMMT.**



**Geschätzte 10 000 Sans-Papiers leben und arbeiten in der Stadt Zürich, viele unter menschenunwürdigen Bedingungen. Wie kann die Stadt ihre Situation verbessern?**

Corine Mauch: Sans-Papiers sind Teil unserer Stadtbevölkerung – und sie sollen ihre Grund- und Menschenrechte ungefährdet in Anspruch nehmen können. Dafür stehen insbesondere Bund und Kanton Zürich in der Verantwortung: Sans-Papiers müssen unter transparenten Bedingungen regularisiert und in den geregelten Arbeitsmarkt integriert werden. Da muss es endlich vorwärts gehen!

Die Stadt Zürich will im Rahmen ihrer rechtlichen Zuständigkeiten Möglichkeiten nutzen, um die prekären Lebensbedingungen dieser Menschen zu verbessern. Wir haben in den letzten Monaten eine Reihe

von Massnahmen getroffen, zum Beispiel bei der Gesundheitsversorgung.

**Zu welchen Dienstleistungen haben die Sans-Papiers in der Stadt Zürich Zugang?**

Bereits zu zahlreichen Angeboten – unter anderem zu subventionierten Krippen- oder Hortplätzen, zu Verbilligungen der Krankenkassenprämien oder zu Pflegeplätzen. Wir haben bei einer umfangreichen Abklärung nun aber auch Lücken festgestellt und prüfen, welche davon geschlossen werden können. Keine Verbesserung ist hingegen allein auf Stufe Stadt möglich, wo für den Zugang aufgrund übergeordneten Rechts der ausländerrechtliche Status überprüft werden muss – zum Beispiel bei der Sozialhilfe oder der Eheschliessung.

**Wie hat die Stadt den Sans-Papiers während der Pandemie geholfen?**

Die Pandemie hat in unserer Stadt eine bis dahin nur wenig bekannte Armut offensichtlich und öffentlich gemacht. Die langen Schlangen bei der Abgabe von Gratis-Lebensmitteln haben mich sehr berührt.

Sans-Papiers sind von der Krise ganz besonders betroffen. Die Stadt hat rasch reagiert und zum Beispiel die Unterstützung der Sans-Papiers-Anlaufstelle Zürich (SPAZ) erweitert. Und der Stadtrat hat im Frühling das Pilotprojekt «Wirtschaftliche Basishilfe» lanciert, um Armut auch bei denjenigen Personen verstärkt zu bekämpfen, die aus ausländerrechtlichen Gründen keinen Anspruch auf Sozialhilfe haben.

**Geplant ist die Einführung einer City-Card. Was ist das genau?**

Die Zürich City-Card wird ein Ausweis sein, der die Identität und den Wohnsitz einer in unserer Stadt lebenden Person amtlich bestätigt. Er soll für die ganze Bevölkerung – also eben auch für die Sans-Papiers –

attraktiv sein und unsere Stadtgesellschaft, die Solidarität und das Zusammenleben stärken.

**Die City-Card als Ausweisdokument kann nur funktionieren, wenn viele mitmachen. Ist das realistisch?**

In die Attraktivität dieses Ausweises werden wir viel Energie und natürlich auch finanzielle Mittel investieren müssen. Er soll einen einfacheren und teilweise auch vergünstigten Zugang zu Informationen, Dienstleistungen, Mitwirkungsmöglichkeiten und Kulturveranstaltungen bringen und mithin für alle attraktiv sein. Denn Sie sagen es richtig: Eine weitere Verbreitung und Akzeptanz der Karte ist eine Bedingung, damit sie einen wirklichen Beitrag zur Verbesserung der Situation der Sans-Papiers leisten kann.

**Viele Sans-Papiers erleben Gewalt und sind schutzlos ausgeliefert. Sie können dies bei der Polizei nicht zur Anzeige bringen. Ändert das mit der City-Card?**

Es ist ganz wichtig, dass wir mit der City-Card keine falschen Erwartungen wecken und die Sans-Papiers ihre Einsatzmöglichkeiten, aber auch ihre Grenzen kennen. Denn wir können auf Stadtebene damit übergeordnetes Recht natürlich nicht umgehen. Das heisst: Die City-Card hat keine ausländerrechtliche Wirkung und führt nicht zu einer Regularisierung des Aufenthaltsstatus. Der Stadtausweis verhindert nicht, dass die Polizei und andere Amtsstellen je nach Sachlage den Aufenthaltsstatus abklären müssen.

Damit sich Sans-Papiers in Zukunft angstfrei in der Stadt Zürich bewegen können und verbesserten Zugang zu Recht und Justiz erhalten, müssen die Rechtsgrundlagen und die Rechtspraxis auf nationaler und kantonaler Ebene angepasst werden.

**Wie sieht der Zeitplan für die Einführung der City-Card in der Stadt Zürich aus? Welche Hürden sind als Nächstes zu überwinden?**

Das Städtzürcher Parlament hat im September Ja gesagt zu einem Kredit für umfangreiche Vorarbeiten. Diese dürften rund vier bis fünf Jahre in Anspruch nehmen.

Corine Mauch beantwortete die Fragen schriftlich.

## «DIE UNSICHTBAREN»

Schätzungsweise 100 000 Menschen ohne geregelten Aufenthalt leben und arbeiten in der Schweiz. Diese sogenannten Sans-Papiers stammen aus Lateinamerika, aus Osteuropa oder Asien. Sie putzen, hüten Kinder, arbeiten auf der Baustelle, im Restaurant oder bei Bauern. Nicht selten Tag und Nacht, fast immer in prekären Arbeitsverhältnissen zu skandalös tiefen Löhnen. Sans-Papiers verrichten bis zu 50 Prozent der bezahlten Hausarbeit in der Schweiz.

Nun ist mit dem Titel «Die Unsichtbaren» ein Buch erschienen, das erschütternde Lebensgeschichten von Sans-Papiers nachzeichnet. Die Autorin Tanja Polli und die Fotografin Ursula Markus holen die Sans-Papiers so aus ihren Hinterhofzimmern und Kellerwohnungen, machen sie sichtbar und ihre Geschichten erfahrbar. Ungefiltert und ungeschönt hält Tanja Polli Gespräche mit Frauen und Männern fest, die in der Illegalität leben müssen. Was hat diese Menschen dazu bewogen, eine Existenz im Versteckten auf sich zu nehmen? Was macht es mit ihnen, ständig in Angst leben zu müssen? Was sind ihre Ziele, Hoffnungen und Träume?

Die Fotografien von Ursula Markus zeigen die porträtierten Sans-Papiers in Alltagssituationen. Jene, die den Weg aus der Illegalität hinter sich haben, bei der Arbeit oder privat im Kreis von Freundinnen und Familie. Andere, die noch drin stecken im Leben in ständiger Angst, an jenen Orten, an denen sie sich so sicher fühlen, dass eine Begegnung mit der Kamera möglich ist.



«Die Unsichtbaren», von Tanja Polli und Ursula Markus, erschienen im Rotpunktverlag und erhältlich online oder in deiner Lieblingsbuchhandlung.

## Progressiver Gewerbeverein mischt die Debatte auf

**UNTERNEHMER:INNEN, DIE SOZIAL, ÖKOLOGISCH UND NACHHALTIG WIRTSCHAFTEN WOLLEN, HABEN SICH IM GEWERBEVEREIN ZUSAMMENGESCHLOSSEN. DAS HAT AUCH VORTEILE FÜR KONSUMENT:INNEN.**

Wollten sich progressive Unternehmer:innen vernetzen und politisch einbringen, hatten sie bislang nur die Wahl zwischen Pest und Cholera: Sie konnten sich dem Gewerbeverband oder Branchenverbänden à la Gastrosuisse anschliessen, die mit rechtsbürgerlichen Politikern an der Spitze eine Sicht des Wirtschaftens vertreten, die für Linke inakzeptabel ist. Das hat sich geändert: Seit 2019 gibt es den Gewerbeverein, der sich für fortschrittliche Unternehmer:innen auf nationaler und regionaler Ebene einsetzt.

Der Verein will die Stimmen jener kleinen und mittleren Unternehmen in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft tragen, die nachhaltig wirtschaften, ökologisch denken und sozial handeln. Für zahlreiche gerade auch jüngere Unternehmer:innen zählt nicht bloss die Gewinnmaximierung, sondern auch die «Enkeltauglichkeit» ihrer Geschäftstätigkeit.

Es sind viele, die so denken, wie ein Blick in die Mitgliederliste zeigt: Ob Architekturbüro, Bäckerei, Coiffeursalon, Malerbetrieb, Restaurant oder Reiseveranstalter – es finden sich Gewerbetreibende aus nahezu allen Branchen. Der Verein zählt bereits über 320 Mitglieder in allen Landesteilen, Tendenz steigend.

«Wir wollen das Gewerbe stärken, nicht die Konzerne», sagt Michel Gygax, der den Verein zusammen mit der Grünen Nationalrätin Aline Trede präsidiert. Gygax ist Inhaber und Gründer der KG Gastrokultur, die in Bern eine Weinhandlung und sechs Restaurants betreibt. Das Gewerbe, die kleinen und mittleren Unternehmen, bilden das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft. Dennoch sind sie in Politik und Gesellschaft zu wenig vertreten. Denn die Wirtschaftspolitik ist auf Konzerne ausgerichtet. Beispiel gefällig? «Je grösser ein Unternehmen ist, desto mehr Steuern kann es sparen», sagt Gygax, «und das kann es doch einfach nicht sein!»

### Politischer Konsum

Welche Wahl Konsument:innen treffen, was sie kaufen und konsumieren, ist eine eminent politische Frage. Ziel des Gewerbevereins ist es daher auch, in der Gesellschaft das Bewusstsein für wertige und nachhaltige Arbeit zu stärken. «Wem man den Franken gibt, den stärkt man», sagt Michel Gygax.

Die Mitgliederliste auf der Website des Vereins kann daher auch für Konsument:innen einen Anhaltspunkt bieten, wenn sie vor einer Wahl stehen. Ein Blick darauf lohnt sich: Der Verein wächst, ständig kommen neue Unternehmen hinzu.

→ [dergewerbeverein.ch](http://dergewerbeverein.ch)



# Klimaküche auf Österreichisch

**IM BERNER TRENDLOKAL «DU NORD» SORGT KÖCHIN DENISE SCHWARZ SEIT JAHREN FÜR EINE ORIGINELLE UND FEINE NACHHALTIGE KÜCHE. IHRE ÖSTERREICHISCHEN WURZELN SPÜREN DIE GÄSTE IMMER WIEDER.** Pia Wildberger

«Mich ärgerte es jeweils sehr, wenn ich als Vegetarierin in den Restaurants bloss die Beilagen serviert bekam», sagt Denise Schwarz. Das ist tempi passati, nicht zuletzt auch, weil sie selbst in der Küche des Berner Restaurants «Du Nord» seit einigen Jahren für eine ausgezeichnete vegetarische und vegane Küche sorgt. Die Köchin ass jahrelang kein Fleisch, «weil das Tierwohl nicht gewährleistet war». Seit sie Kinder hat, tischt sie jedoch zuhause wöchentlich Tierisches auf, «denn zu einer gesunden Ernährung gehören für Kinder Fisch und Fleisch dazu». Auf den heimischen Teller kommt vom befreundeten Bauern aus der Region alles vom Tier, von den Ohren bis zum Schwanz.

Beruflich bleibt sie der fleischlosen Küche treu. Im «Du Nord» kreiert sie täglich ein vegetarisches und ein veganes Menu. Berner:innen wissen längst, dass ihre Kreationen auf der Zunge zergehen.

Denise Schwarz lässt sich von saisonalem Gemüse inspirieren. Zur Klimaküche gehört auch, dass möglichst wenig Foodwaste anfällt. Darum bezieht sie Gemüse auch aus der Äss-Bar und dem «Gmüesgarte», der krumme Rüebli oder kleine Kartoffeln vertreibt. Für Schwarz sind regionale und saisonale Produkte wichtiger als Bio, wenn die Küche klimafreundlich sein soll. Vegane Fertigprodukte – etwa Soja oder Mandelmilch – «verwende ich so selten wie möglich». Meistens sucht sie lokale Alternativen, «oder ich mache etwas selber». Auch Chutneys stehen hoch im Kurs, die sie derzeit aus Zwetschgen einkocht. Früchte aus Übersee haben in ihrer Klima-Küche nichts zu suchen. «Wenn es nicht anders geht, verwende ich Cashewkerne.»

#### **Knödel: glutenfrei und vegan**

Die Liebe zum guten Essen wurde Denise Schwarz sozusagen in die Wiege gelegt. Mit der österreichischen Grossmutter verbrachte sie viele Stunden an den Töpfen. Im Restaurant «Sous le pont» der Berner Reitschule machte sie ihr Hobby zum Beruf. Ihre österreichischen Wurzeln kommen den Gästen immer wieder zugute: Fürs «Links» zaubert sie Kartoffel-Knödel mit zarter Gemüsefüllung

auf ein Bett aus caramellisiertem Sauerkraut, mit frischem Peterli und gerösteten Zwiebeln garniert. Die Knödel schmecken wie zu Grossmutterns Zeiten, das Sauerkraut liegt zwischen herzhaft und süss. Das Tüpfchen auf dem i bilden die knusprigen Zwiebelringchen. Diese Kochkunst macht klar: Alles andere ist Beilage.

## **DAS MENÜ DER ZUKUNFT**

Die Art und Weise, wie wir uns ernähren, ist für rund einen Drittel der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Wir wissen es alle: Für unseren Fleischkonsum wird Regenwald abgeholzt und Soja angebaut, das den Tieren als Kraftfutter verfüttert wird. Ausserdem landet ein grosser Teil der Ernte im Abfall, wobei am meisten Food-Waste in Privathaushalten anfällt. Dagegen lässt sich etwas tun. Was sollen wir essen und wie können wir nachhaltig kochen, damit wir unseren CO<sub>2</sub>-Ausstoss reduzieren? Renommierete Köchinnen und Köche stellen in dieser Serie eines ihrer nachhaltigen Lieblingsrezepte vor.



**Vegan und glutenfrei: Federkohlnödel auf Caramel-Sauerkraut**

Für 4 Personen

**Zutaten für Knödel**

- 600 g weickochende Kartoffeln, z. B. Urgenta
- 200 g Federkohl
- 80 g feinste 2-Minuten-Polenta
- 50 g Kartoffelstärke
- 1 Pastinake
- ½ Lauchstengel
- Salz, Pfeffer, Muskat

**Zutaten für Sauerkraut**

- 2 grosse Zwiebeln
- 500 g Sauerkraut roh
- 50 g Cashewnüsse
- 100 g Zucker
- 2 dl Bouillon
- 1 dl Apfelsaft
- Kümmel, Lorbeerblatt

**Zubereitung Knödel**

1. Kartoffeln schälen, vierteln, in Salzwasser weichkochen, ausdampfen lassen, passieren oder fein stampfen (nicht maschinell pürieren).
2. Federkohl-Blätter vom Strunk zupfen, in Salzwasser blanchieren, abschrecken, auspressen und sehr fein hacken.
3. Gehackte Federkohlblätter, Polenta, Kartoffelstärke, Salz, Pfeffer und Muskatnuss zu den Kartoffeln geben, gut mischen, 20 Min. beiseite stellen.
4. Für die Füllung Pastinake in Würfelchen von ½ cm Länge schneiden, Lauch der Länge nach vierteln und fein schneiden. In einer Pfanne mit etwas Rapsöl, Salz, Pfeffer und Muskat weichdünsten.
5. Mit nassen Händen die Knödel formen, Füllung mit einem Teelöffel in den Knödel drücken. Knödel in siedendes Salzwasser geben, 10 Min. ziehen lassen.

**Zubereitung Caramel-Sauerkraut**

1. Zwiebeln in Streifen schneiden, glasig anbraten.
2. Sauerkraut roh dazugeben (nicht abspülen), mit Apfelsaft und Bouillon ablöschen.
3. Kümmel und Lorbeerblatt dazugeben, das Ganze ca. 45 Min. kochen lassen, immer wieder umrühren, weichdünsten.
4. Sauerkraut in ein Sieb kippen, Sauce in einem Topf auffangen.
5. Zucker in einem sauberen Topf caramellisieren und mit Sauerkrautsauce ablöschen.
6. Cashewnüsse zur Sauce dazugeben, 15 Min. kochen lassen, im Mixer sehr fein pürieren, Sauce mit dem Sauerkraut mischen. Anrichten – bon appétit!

# Die konkrete Utopie der Menschenrechte

**IN DEN AKTUELLEN KRISEN SIND KONKRETE UTOPIEN GEFRAGT, DIE IM HIER UND JETZT ANSETZEN UND GLEICHZEITIG ÜBER DAS BESTEHENDE HINAUSWEISEN. DIE MENSCHENRECHTE KÖNNTEN EINE SOLCHE UTOPIE DARSTELLEN, SCHREIBT DER ANWALT UND AUTOR WOLFGANG KALECK IN SEINEM NEUESTEN BUCH.**



Pascal Zwicky, Geschäftsführer Denknetz

Menschenrechte sind eine zentrale Errungenschaft der Moderne. Nicht erst der Blick nach Afghanistan offenbart aber, dass universelle Bürger- und Menschenrechte, wie sie erstmals durch die französische Nationalversammlung im Jahr 1789 verkündet wurden, noch immer auf sich warten lassen.

Kommt hinzu, dass im Namen der Menschenrechte in den letzten Jahrzehnten viel Leid verursacht wurde. In «den 1990er- und 2000er-Jahren wurden die Menschenrechte von einigen westlichen Regierungen und von neokonservativen Ideologen zur Rechtfertigung militärischer Interventionen und für Regimewechsel instrumentalisiert», schreibt Kaleck in seinem neuen Buch «Die konkrete Utopie der Menschenrechte». Da ist es wenig erstaunlich, dass der Ruf der Menschenrechte vielerorts gelitten hat.

**Universell und unteilbar**

Von grosser Bedeutung für die konkrete politische Utopie der Menschenrechte ist deren Universalität und Unteilbarkeit, wie sie in der Abschlusserklärung der zweiten Welt-Menschenrechtskonferenz in Wien 1993 festgehalten wurden. Menschenrechte bilden eine Leitlinie gegen nationalistische Strömungen, gegen die Zumutungen des kapitalistischen Wirtschaftens, gegen die Macht der Konzerne und gegen autoritäre Regime jeglicher Couleur.

Kaleck führt aus, wie sich Bewegungen im globalen Süden zusammen mit Anwält:innen dynamisch und kreativ für soziale Menschenrechte einsetzen. Auch Klimaklagen oder (historische) Erfahrungen aus der feministischen, der Bürgerrechts- oder der Arbeiterbewegung zeigen, wie sich juristische Mittel erfolgreich in politische Strategien integrieren lassen.

Auch bekannte Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International oder

Human Rights Watch sind im Buch Thema. Ab den 1970er-Jahren legten diese Organisationen, ihre Unparteilichkeit betonend, den Fokus erfolgreich auf die Bekämpfung individueller Menschenrechtsverletzungen. Damit trugen sie gleichzeitig zu deren «Entkontextualisierung» bei. Systemische Ursachen wurden weitgehend ausgeklammert. Allerdings konstatiert Kaleck in jüngster Zeit eine Öffnung der erwähnten Organisationen auch für strukturelle Fragen.

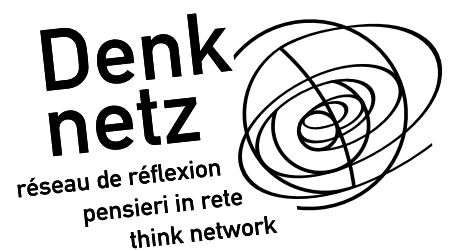
**Rechte mit revolutionärem Potenzial**

In den Menschenrechten steckt ein riesiges emanzipatorisches, solidarisches und letztlich auch revolutionäres Potenzial, das wird im Buch deutlich. Wolfgang Kaleck macht sich für eine explizit politische Konzeption der Menschenrechte stark, die auf eine beständige Veränderung der Verhältnisse abzielt, die der Verwirklichung der Menschenrechte entgegenstehen.

Könnten Menschenrechte die oft gesuchte, verbindende Perspektive für die progressiven Kräfte darstellen? Eine wichtige Richtschnur in den bevorstehenden Kämpfen um eine sozial-ökologische Gesellschaftstransformation sind sie auf jeden Fall.



Wolfgang Kaleck: Die konkrete Utopie der Menschenrechte. Ein Blick zurück in die Zukunft. S. Fischer-Verlag.



## 5 Fragen an ...



### ... PHILIPPE LANGER, BASELLAND

#### 1. Warum bist du der SP beigetreten?

Als am 13. Juni das CO<sub>2</sub>-Gesetz und die beiden Agrar-Initiativen abgelehnt wurden, trat ich der SP bei. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass es besser läuft.

#### 2. Konntest du dich schon einbringen?

Ich nahm an der Besprechung des Klimaplans Baselland teil und äusserte dort auch meine Ideen. Und an der letzten Delegiertenversammlung konnte ich meine Sektion Muttenz vertreten, weil jemand kurzfristig absagte. Persönlich würde es mir am meisten Freude machen, an einem Marktstand mit den Leuten ins politische Gespräch zu kommen.

#### 3. Du bist Co-Präsident der Klimagruppe der Fachhochschule Muttenz.

Ich studiere Umwelttechnologie, doch den Grünen wollte ich mich nicht anschliessen. Mir ist auch die soziale Gerechtigkeit sehr wichtig, zum Beispiel gleicher Lohn für gleiche Arbeit oder die Kampagne «Nur Ja heisst Ja». In der SP kann ich die sozialen Themen mit dem Umweltschutz verbinden.

#### 4. Was muss in Sachen Klima passieren?

Wir müssen jetzt Richtung netto null gehen. Es gibt nicht die eine Massnahme, die wir ergreifen müssen, sondern viele unterschiedliche. Zum Beispiel müssen auch die Pestizide aus der Landwirtschaft verschwinden, damit die Biodiversität geschützt wird.

#### 5. Was machst du in der Freizeit?

Ich spiele Warhammer 40k. Das ist ein strategisches Fantasy-Spiel, das man zu zweit an einem grossen Tisch spielt. Dafür bastle und bemale ich Modellfiguren. Und ich spiele Gitarre. Und künftig werde ich für die SP vermutlich auch mal Flyer verteilen oder Plakate aufhängen.

## SP queer – wir können loslegen!



Angelo Barrile,  
Nationalrat ZH

Am 1. Januar 2022 ist es so weit: die SP queer wird neues Parteiorgan! Analog zur SP Frauen\*, der SP Migrant:innen oder der SP 60+ können so auch LGBTAIQ-Anliegen direkter in die Institutionen der Partei und somit in die politische Arbeit einfließen, mit direkter Vertretung oder auch mit eigenen Delegierten am Parteitag.

Die SP war die erste und lange die einzige Partei, die sich für die Anliegen queerer Menschen einsetzte – etwa durch die Forderung nach einer Ehe für gleichgeschlechtlich liebende Menschen im Parteiprogramm von 1982. Selbstverständlich kämpft die SP seit Jahrzehnten auch für die Gleichstellung und gegen die Diskriminierung wegen der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität.

Trotzdem wird dies im Parteialltag noch zu wenig gelebt. Beispielsweise sind sich längst nicht alle Genoss:innen bewusst, dass es bei der Gleichstellung der Geschlechter oder bei Geschlechterquoten um mehr als um Frau oder Mann geht. Oder dass es Menschen, die nicht der heteronormativen binären Norm entsprechen, bei der Wahl in Parteigremien und bei Nominationen auf nationaler, kantonaler und Sektionsebene schwerer haben als andere.

Wir von der SP queer möchten direkt mitreden bei politischen Themen, die uns betreffen, sowie dieselben Chancen für LGBTAIQs innerhalb der Partei erreichen. Eine Arbeitsgruppe der Fachkommission für Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität (SOGI) hat gemeinsam mit dem Zentralsekretariat die Vorarbeit für die Statutenänderung am Parteitag geleistet. Jetzt gilt es, das neue Parteiorgan zu beleben. Ab Januar geht es um die Erarbeitung eines Reglements, die genauere Zielsetzung und die Umsetzung, damit die SP queer auch faktisch gegründet werden und sich konstituieren kann. Dafür braucht es die (queere) Parteibasis, die uns aktiv unterstützt.

Es ist zentral, dass sich interessierte Genoss:innen von Anfang an in den Prozess einbringen, damit die SP queer so divers und farbig starten kann, wie es unsere Realität ist. Also melde dich noch heute für deine Beteiligung an dieser wichtigen Gründung, für weitere Infos sowie für deine Mitgliedschaft bei den SP queer bei Claudio Marti ([claudio.marti@spschweiz.ch](mailto:claudio.marti@spschweiz.ch)). Wir freuen uns auf dich!

# MOVENDO

## Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

### Neues Programm – Kurse 2022

Entdecke unser neues Kursprogramm unter [www.movendo.ch](http://www.movendo.ch): Du findest neue Kurse zu den Themen Politik, Wirtschaft, Arbeits- und Sozialversicherungsrecht, Kommunikation, Zusammenarbeit/Lebensgestaltung und Arbeitsinstrumente. Neu werden einige Kurse auch online durchgeführt.

Die Anmeldung erfolgt online [www.movendo.ch](http://www.movendo.ch), per Mail [info@movendo.ch](mailto:info@movendo.ch) oder per Telefon 031 370 00 70

Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. Mit deiner Anmeldung klären wir die Kostenfrage ab und informieren dich unverzüglich. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von Fr. 250.– statt Fr. 410.– resp. Fr. 300.– statt Fr. 450.– pro Kurstag. Weiter kann bei Simon Roth (SP Schweiz, [simon.roth@spschweiz.ch](mailto:simon.roth@spschweiz.ch)) finanzielle Unterstützung beantragt werden.



### Stadtrundgang «ZH Kolonial» über die kolonialen Verwicklungen Zürichs

Samstag, 13. November (14 Uhr), Freitag, 26. November (17.30 Uhr), Samstag, 4. Dezember (14 Uhr), Freitag, 10. Dezember (17.30 Uhr), Samstag, 11. Dezember (14 Uhr), Anmeldung und Informationen unter: [www.anny-klawa-morf.ch/zh-kolonial](http://www.anny-klawa-morf.ch/zh-kolonial)

### Tagung «Neue Normalität: Krise?!» in Kooperation mit dem Denknetz

Samstag, 20. November, ganztägig im Hotel Bern, Anmeldung unter: [www.denknetz.ch/neue-normalitaet](http://www.denknetz.ch/neue-normalitaet)

### Europacafé «Towards a social Europe?»

Donnerstag, 25. November, 20 Uhr, Salon, Markthalle in Basel Mit Sacha Garben, Professorin für EU-Recht am College of Europe. Eintritt frei, Anmeldung erwünscht unter: [www.anny-klawa-morf.ch/events/europacafe1](http://www.anny-klawa-morf.ch/events/europacafe1)

### Europacafé «Wer wählt die Sozialdemokratie und warum? Erkenntnisse aus europäischen Ländern»

Donnerstag, 9. Dezember, 18.30 Uhr, Grüner Saal, Volkshaus in Zürich Mit Silja Häusermann, Professorin am Institut für Politikwissenschaften der Universität Zürich. Eintritt frei, Anmeldung erwünscht unter: [www.anny-klawa-morf.ch/events/europacafe2](http://www.anny-klawa-morf.ch/events/europacafe2)

### Europacafé «La démocratie pendant la pandémie en Europe»

Mardi 23 novembre, 18 h 30, Espace Dickens, Lausanne, avec François Cherix, écrivain et un invité de France (demande en cours). Entrée libre, inscription souhaitée sur: <https://anny-klawa-morf.ch/fr/events/europacafe3/>

## AGENDA 2021/2022

### 6. NOVEMBER 2021

Delegiertenkonferenz der SP Migrant:innen in Bern

### 13. NOVEMBER 2021

Online-Tagung der «SP-Sektion EU» zu Europa  
Infos unter [sp-ps-section.eu](http://sp-ps-section.eu)

### 17. NOVEMBER 2021

50 Jahre Frauenstimmrecht: Filmabend der SP Frauen im Bundeshaus

### 18. NOVEMBER 2021

Delegiertenversammlung SP 60+, Bern

### 20. NOVEMBER 2021

SP Migrant:innen, Demonstration für Afghanistan in Bern

### 5. FEBRUAR 2022

Parteitag in Genf

### 11./12. FEBRUAR 2022

Webinar: 50 Jahre «Grenzen des Wachstums»

bitte vormerken!

### 19. FEBRUAR 2022

Mitgliederversammlung SP Frauen\*, Bern

Aktuelle Infos unter [www.spschweiz.ch/agenda](http://www.spschweiz.ch/agenda)

Werbung

GROUPS.SWISS



**GROUPS**  
DAS ZUHAUSE FÜR GRUPPEN

[www.groups.swiss](http://www.groups.swiss)



**800 Ferienhäuser und Hotels in Europa**  
für Familien und Gruppen, Freizeit und Beruf

Groups AG · Spitzackerstrasse 19 · CH-4410 Liestal · +41 (0)61 926 60 00

